



BERENBERG

PRIVATBANKIERS SEIT 1590

Volkswirtschaft, 14.11.2022

Makroausblick 2022

Jan | Feb | Mrz | Apr | Mai | Jun | Jul | Aug | Sep | Okt | **Nov** | Dez



Wichtige Informationen und Hinweise



BERENBERG
PRIVATBANKIERS SEIT 1590

Bei dieser Information handelt es sich um eine Marketingmitteilung. Bei diesem Dokument und bei Referenzen zu Emittenten, Finanzinstrumenten oder Finanzprodukten handelt es sich nicht um eine Anlagestrategieempfehlung im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Nummer 34 der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 oder um eine Anlageempfehlung im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Nummer 35 der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 jeweils in Verbindung mit § 85 Absatz 1 WpHG. Als Marketingmitteilung genügt diese Information nicht allen gesetzlichen Anforderungen zur Gewährleistung der Unvoreingenommenheit von Anlageempfehlungen und Anlagestrategieempfehlungen und unterliegt keinem Verbot des Handels vor der Veröffentlichung von Anlageempfehlungen und Anlagestrategieempfehlungen. Diese Information soll Ihnen Gelegenheit geben, sich selbst ein Bild über eine Anlagemöglichkeit zu machen. Es ersetzt jedoch keine rechtliche, steuerliche oder individuelle finanzielle Beratung. Ihre Anlageziele sowie Ihre persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse wurden ebenfalls nicht berücksichtigt. Wir weisen daher ausdrücklich darauf hin, dass diese Information keine individuelle Anlageberatung darstellt. Eventuell beschriebenen Produkte oder Wertpapiere sind möglicherweise nicht in allen Ländern oder nur bestimmten Anlegerkategorien zum Erwerb verfügbar. Diese Information darf nur im Rahmen des anwendbaren Rechts und insbesondere nicht an Staatsangehörige der USA oder dort wohnhafte Personen verteilt werden. Diese Information wurde weder durch eine unabhängige Wirtschaftsprüfungsgesellschaft noch durch andere unabhängige Experten geprüft. Die in diesem Dokument enthaltenen Aussagen basieren entweder auf eigenen Quellen des Unternehmens oder auf öffentlich zugänglichen Quellen Dritter und spiegeln den Informationsstand zum Zeitpunkt der Erstellung der unten angegebenen Präsentation wider. Nachträglich eintretende Änderungen können in diesem Dokument nicht berücksichtigt werden. Angaben können sich durch Zeitablauf und/oder infolge gesetzlicher, politischer, wirtschaftlicher oder anderer Änderungen als nicht mehr zutreffend erweisen. Wir übernehmen keine Verpflichtung, auf solche Änderungen hinzuweisen und/oder eine aktualisierte Information zu erstellen. Frühere Wertentwicklungen sind kein verlässlicher Indikator für die künftige Wertentwicklung.

Zur Erklärung verwendeter Fachbegriffe steht Ihnen auf www.berenberg.de/glossar ein Online-Glossar zur Verfügung.

Datum: 14.11.2022

- **Konjunktur und Wachstum:** Der Russland-Ukraine-Krieg und die damit einhergehende Energiekrise dominieren weiter den Konjunkturausblick. Der Krieg drückt auf die Stimmung von Verbrauchern und Investoren. Er verschärft die anhaltend hohe Inflation. Die Sanktionen erweisen sich dabei als zweischneidiges Schwert, weil sie in Europa zu einer ausgeprägten Energiekrise führen. Die rigide Corona-Politik der chinesischen Regierung belastet die Weltwirtschaft, auch wenn sich die Lage bei den Lieferketten inzwischen deutlich entspannt hat. Die Eurozone, Großbritannien und die USA stehen am Anfang einer Rezession.
- **Inflation:** Der Russland-Ukraine-Krieg hat die Lage bei den Energiepreisen verschärft, sodass der Preisauftrieb anhält. Der Gas-Lieferstopp belastet. Rohstoff- und Lebensmittelpreise sind die Haupttreiber der Inflation. Allerdings breitet sich die Inflation auf viele andere Gütergruppen aus. Selbst wenn die Spitze der Inflation überwunden sein wird, dürfte die Teuerung nicht auf das sehr niedrige Niveau der 2010er Jahre zurückkehren. Strukturelle Gründe wie die stärkere Bepreisung von CO₂-Emissionen und die zunehmende Knappheit von Arbeitskräften (steigender Lohndruck) sprechen für anhaltend höhere Inflationsraten.
- **Geldpolitik:** Die aktuell hohe Inflation zwingt die Zentralbanken zur geldpolitischen Wende – trotz der negativen konjunkturellen Folgen des Krieges. Die US-Fed, die Bank of England, die Schweizer Nationalbank und schließlich auch die EZB haben die Zinswende eingeleitet und setzen sie mit relativ großen Schritten fort. Mit jeweils 75 Basispunkten hat die EZB zuletzt zwei große Schritte gemacht. Nach vielen Monaten des Zögerns muss das Vertrauen aber erst einmal zurückgewonnen werden. Der Euro-Wechselkurs bleibt vorerst schwach.
- **Zinsen:** Schon lange gibt es Gründe für eine Trendwende bei den Kapitalmarktzinsen. In den vergangenen Jahren haben die Zentralbanken mit ihren Anleihekäufen die Zinswende aber noch verhindert. Da sich die Währungshüter angesichts der gestiegenen Inflationsraten aus den Anleihemärkten zurückziehen, sind die Marktzinsen in diesem Jahr in die Höhe geschossen.

US-Zwischenwahlen: Demokraten besser als erwartet

Die Kongresswahlen („Midterm Elections“) sind für die regierenden Demokraten besser ausgefallen als erwartet. Im Senat behalten die Demokraten die Mehrheit, denn sie haben bereits 50 und damit genau die Hälfte aller Sitze erreicht. Selbst wenn die Republikaner die Stichwahl in Georgia am 6. Dezember gewinnen und mit den Demokraten gleichziehen, würde in Patt-Situation die Stimme der demokratischen Vize-Präsidentin Kamala Harris den Ausschlag geben. Im Repräsentantenhaus sieht es nach einer Mehrheit für die Republikaner aus, auch wenn das Endergebnis noch aussteht.

Damit verlief die Wahl gemessen an den Erwartungen und Prognosen für die Demokraten eher erfreulich, für die Republikaner eher enttäuschend. Besonders für Donald Trump ist das Wahlergebnis ein herber Rückschlag hinsichtlich eines politischen Comebacks bei der Präsidentschaftswahl 2024. Einige der von ihm besonders unterstützten Kandidaten fuhren enttäuschende Wahlergebnisse ein. Hingegen landete der Gouverneur von Florida Ron DeSantis, einer der potentiellen ernsthaften Konkurrenten um die Präsidentschaftskandidatur der Republikaner, einen Erdrutschsieg. Dies dürfte den innerparteilichen Rückhalt für Donald Trump deutlich schwächen.

Das Wahlergebnis ist für die kurz- und mittelfristige Wirtschaftspolitik nur von nachrangiger Bedeutung, denn die großen Ausgabenprogramme waren bereits in der ersten Hälfte der Biden-Amtszeit auf den Weg gebracht worden. Mit Blick auf die Präsidentschaftswahl 2024 – und somit für die langfristige Ausrichtung der US-Politik – ist die Wahl aber ein wichtiger Stimmungstest.

Wichtige Termine: 14. – 20. November 2022

		Datum	Prognose	Konsens	Letzter Wert
ZEW Index (Erwartungen)	Deutschland	15.11., 11:00	-53,0	-53,0	-59,2
BIP, Q3 (ggü. Vorquartal)	Eurozone	15.11., 11:00	0,2 %	0,2 %	0,2 %
Inflation, Oktober (ggü. Vorjahr)	UK	16.11., 08:00	10,7 %	10,8 %	10,1 %

Eurozone

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat einen weiteren großen Zinsschritt gemacht und alle drei Zinssätze um 75 Basispunkte erhöht.

Angesichts der rasant gestiegenen Inflationsraten ist das inzwischen striktere Vorgehen der EZB durchaus berechtigt. Im Oktober sind die Preise (HVPI) in Deutschland um 11,6 % gestiegen. In der Eurozone schießt die Inflationsrate abermals rasant in die Höhe. Nach 9,9 % im Vormonat liegt die Teuerungsrate für Oktober nun bei 10,7 %. Damit ist die Inflationsrate in der Eurozone erstmals seit Gründung der Währungsunion zweistellig.

USA

Das reale BIP stieg im dritten Quartal um 2,6 % (annualisiert). Haupttreiber waren sprunghaft gestiegene Nettoexporte, ein robuster, aber sich abschwächender privater Verbrauch, ein Anstieg der Anlageinvestitionen und höhere Staatsausgaben.

Die US-Notenbank Fed hat den Leitzins erneut um 75 Basispunkte auf jetzt 3,75–4,00 % angehoben. Während seiner Pressekonferenz deutete Fed-Präsident Powell an, dass es angemessen sein könnte, das Tempo der Zinserhöhungen bereits bei den Sitzungen im Dezember oder Januar/Februar zu verlangsamen. Das weitere Vorgehen sei aber datenabhängig.

Deutschland

Die Inflationsrate ist nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im Oktober um 10,4 % im Vorjahresvergleich gestiegen. Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex, der die Inflationsmessung für die Euro-Teilnehmerländer vereinheitlicht, hat sogar um 11,6 % zugelegt.

Die deutsche Wirtschaft lief im dritten Quartal besser als befürchtet. Statt des erwarteten Rückgangs stieg das deutsche BIP um 0,3 %. Dennoch befindet sich Deutschland wohl auf dem Weg in die Rezession – vor uns liegen zwei Quartale mit negativem Wachstum. Erst im Frühjahr/Sommer dürfte sich die deutsche Wirtschaft wieder erholen.

China

Chinas Regierung hat einige Änderungen/Lockerungen für die harte Corona-Politik angekündigt. Die Märkte haben darauf positiv reagiert.

Dennoch wird China immer mehr vom Wachstumsmotor zum Risikofaktor – wirtschaftlich und politisch. Das hat auch der jüngste Parteitag einmal mehr belegt. In der Taiwan-Frage bleibt es bei einer harten Haltung Chinas. Zudem bereitete Xi Jinping das Volk auf schwierige Zeiten und tiefgreifende globale Veränderungen vor. Und schließlich sinkt die Wirksamkeit der geld- und fiskalpolitischen Programme. Die Wirtschaft lässt sich also nicht mehr nach Belieben stimulieren.

Eurozone

Konjunktur- und Preisentwicklung

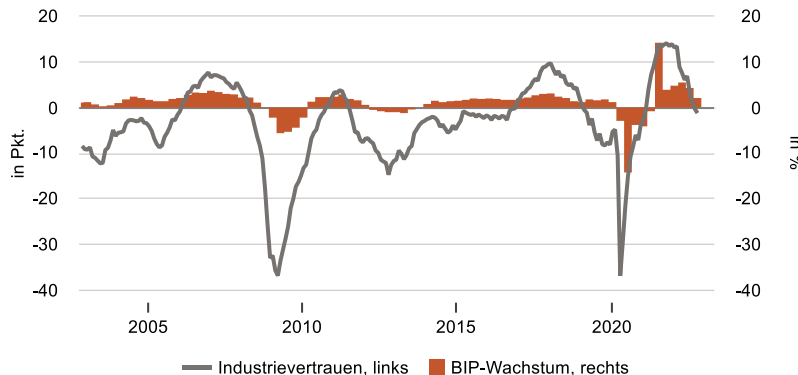


BERENBERG
PRIVATBANKIERS SEIT 1590

Das Wachstum kühlt sich ab

- Das BIP der Eurozone stieg im dritten Quartal um 0,2 % gegenüber dem Vorquartal und verlangsamte sich damit deutlich gegenüber dem überdurchschnittlichen Wachstum von 0,8 % im zweiten Quartal. Deutschland und Frankreich überraschten positiv und hielten die Eurozone damit in der Wachstumszone.
- Nach den bisher vorliegenden Angaben aus den Mitgliedstaaten wurde das Wirtschaftswachstum im dritten Quartal weiterhin von der Inlandsnachfrage getragen, wobei ein gewisser Schwerpunkt auf den Ausgaben für Dienstleistungen als Teil der Erholung von der Pandemie lag. Diese Woche werden weitere Details veröffentlicht.

Eurozone BIP-Wachstum und Industrievertrauen



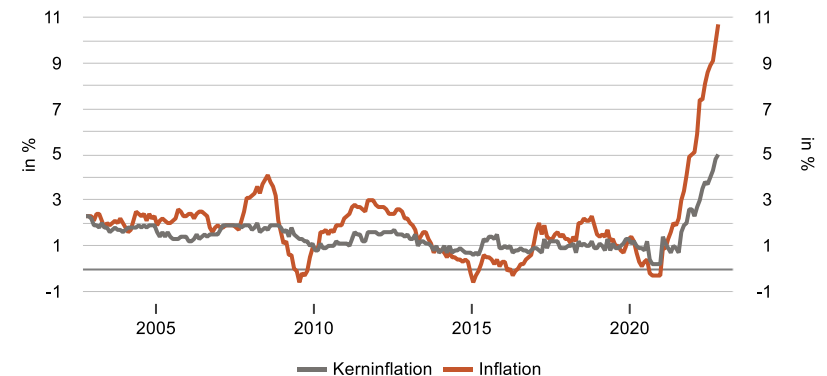
Quelle: Macrobond

Zeitraum: 11/2002 – 11/2022

Die Preise steigen weiter rasant

- In der Eurozone klettert die Inflationsrate weiter in die Höhe. Nach 9,9 % im September liegt die Teuerungsrate im Oktober nun bei 10,7 %. Die Kerninflation ist von 4,8 auf 5,0 % gestiegen.
- Die Bandbreite der Inflationsraten bleibt sehr hoch: Frankreich markiert mit einer Inflationsrate von 7,1 % das untere Ende, Estland mit 22,4 % das obere Ende. Frankreich steht vergleichsweise gut da, weil die Regierung mit Preisbremsen den Anstieg der Energiepreise stark abfedert. Staatliche Eingriffe in die Preisbildung erschweren die Inflationsprognose.

Eurozone Inflation (ggü. Vorjahr)



Quelle: Macrobond

Zeitraum: 10/2002 – 10/2022

Deutschland

Konjunktur- und Preisentwicklung

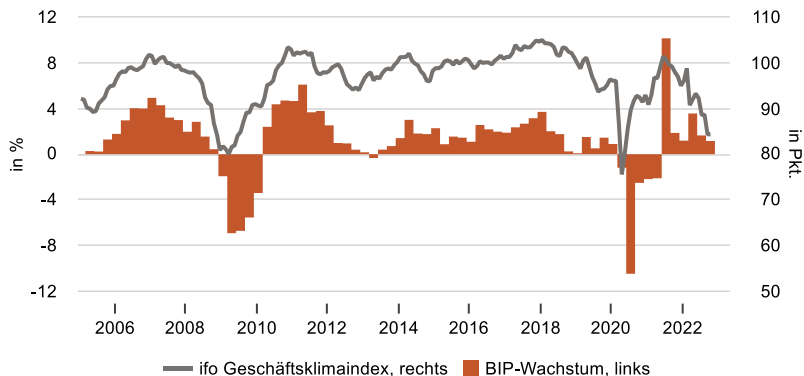


BERENBERG
PRIVATBANKIERS SEIT 1590

Deutsche Wirtschaft wächst leicht in Q3

- Die deutsche Wirtschaft lief im dritten Quartal besser als erwartet. Statt des befürchteten Rückgangs stieg das deutsche BIP um 0,3 %. Dennoch befindet sich Deutschland wohl auf dem Weg in die Rezession – vor uns liegen zwei Quartale mit negativen Wachstumsraten. Erst im Frühjahr/Sommer dürfte sich die deutsche Wirtschaft wieder erholen.
- Der Sachverständigenrat hat sein Jahresgutachten vorgelegt und mit zwei Vorschlägen überrascht: Zur Finanzierung der massiv ausgeweiteten Staatsausgaben soll es einen „Energie-Soli“ bzw. Steuererhöhungen für Besserverdienende geben und die Abschaffung der „kalten Progression“ soll verschoben werden.

Deutsches BIP und ifo Geschäftsklima



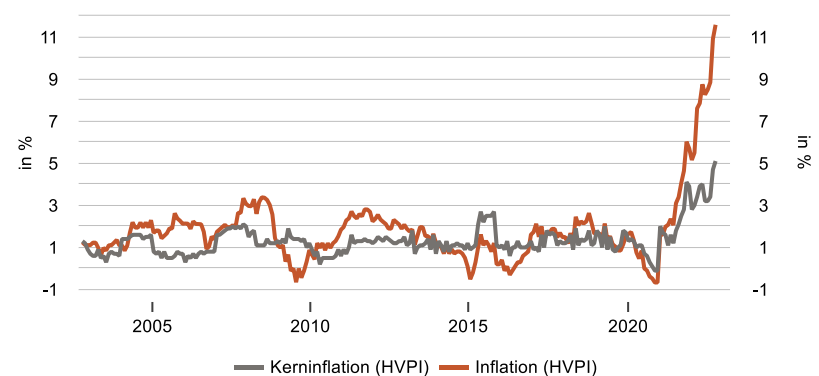
Quelle: Macrobond

Zeitraum: 10/2005 – 10/2022

Inflationsrate weiter gestiegen

- Nach deutscher Berechnungsweise ist die Inflationsrate um 10,4 % gegenüber dem Vorjahres-Oktober gestiegen (vorläufige Daten). Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex, der die Inflationsmessung für die Euro-Teilnehmerländer vereinheitlicht, hat sogar um 11,6 % zugelegt. Diese Woche Freitag werden die endgültigen Daten veröffentlicht.
- Die Importpreise sind im September gegenüber dem Vorjahresmonat um 29,8 % gestiegen (nach +32,7 % im August). Gegenüber dem Vormonat gingen die Importpreise leicht um 0,9 % zurück. Der Anstieg der Exportpreise fiel mit +16,8 % deutlich geringer aus.

Deutschland Inflation (ggü. Vorjahr)



Quelle: Macrobond

Zeitraum: 10/2001 – 10/2022

Großbritannien

Konjunktur- und Preisentwicklung

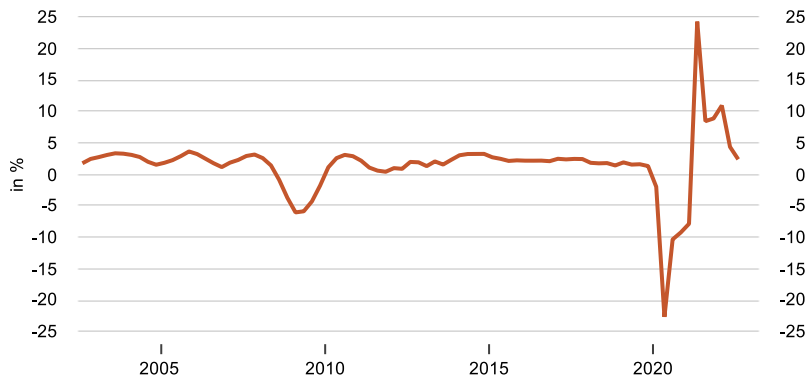


BERENBERG
PRIVATBANKIERS SEIT 1590

Höhere Steuern angekündigt

- Der britische Finanzminister Jeremy Hunt hat angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Lage Steuererhöhungen angekündigt. Alle Bürger müssten sich auf höhere Steuern einstellen – vor allem Wohlhabende und Besserverdiener. Auf der Ausgabenseite sollen zudem Einsparungen vorgenommen werden. Damit wäre die komplette Abkehr von den „Trussonomics“ besiegelt. Die ehemalige Premierministerin Liz Truss hatte vor einigen Wochen die Märkte mit Steuersenkungsplänen in Aufruhr versetzt.
- Inzwischen wird immer klarer, dass die Zeiten vermeintlich kostenloser staatlicher Wohltaten zu Ende geht. Die alte ökonomische Binsenweisheit – „Es gibt nichts umsonst“ – war lange aus der Mode, feiert nun aber ihr Comeback.

Großbritannien BIP-Wachstum (ggü. Vorjahr)



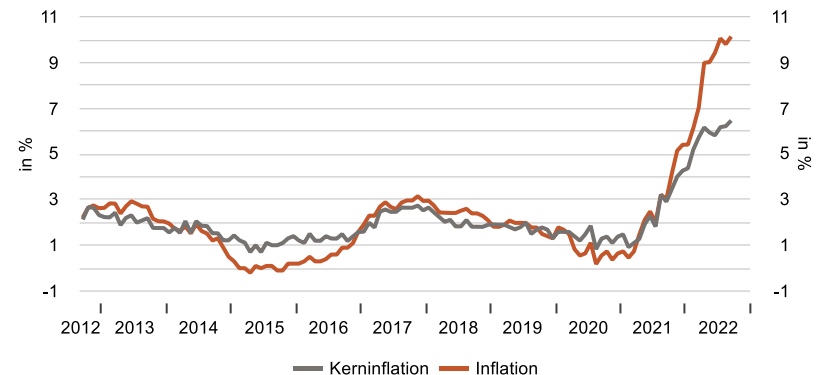
Quelle: Macrobond

Zeitraum: 09/2002 – 09/2022

Bank of England mit großem Zinsschritt

- Die Bank of England (BoE) hat die Zinsen wie erwartet um 75 Basispunkte auf 3,00 % erhöht. Die Entscheidung fiel nicht einstimmig, sondern mit 7:2 Stimmen – zwei Mitglieder des Zentralbankrates stimmten für einen Schritt von lediglich 50 Basispunkten.
- Trotz des großen Zinsschrittes teilte die Zentralbank unmissverständlich mit, dass die Erwartungen der Geldmärkte hinsichtlich der künftigen Entwicklung des Leitzinses weiterhin zu hoch sind. Obwohl die BoE feststellt, dass die staatlichen Entlastungen bei den Energiekosten die Nachfrage stützen wird, sagte sie auch, dass der Abschwung insgesamt den inländischen Inflationsdruck dämpfen wird.

Großbritannien Inflation (ggü. Vorjahr)



Quelle: Macrobond

Zeitraum: 09/2012 – 09/2022

USA

Konjunktur- und Preisentwicklung

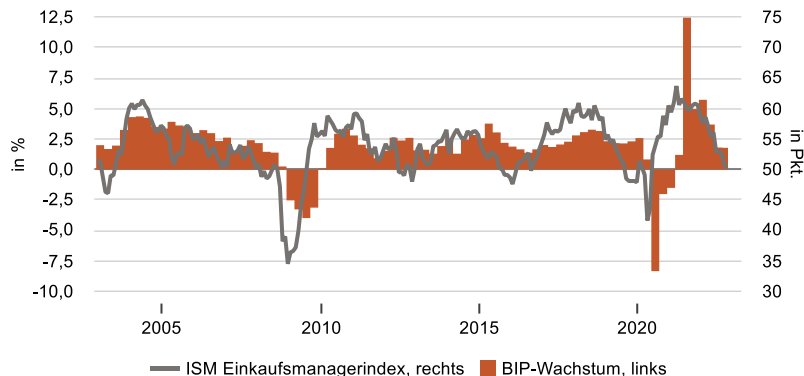


BERENBERG
PRIVATBANKIERS SEIT 1590

Inflation geht leicht zurück

- Die Oktober-Inflationsdaten haben für gute Laune gesorgt. Die Inflationsrate sank von 8,2 % im September auf nun 7,7 %. Es war der vierte Rückgang in Folge. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass die Basiseffekte stärker zu wirken beginnen: Der Vergleich mit dem Oktober 2021 offenbart, dass die Preise damals bereits um 6,2 % gestiegen waren. Die heutigen Inflationsraten kommen also auf die bereits deutlich gestiegenen Vorjahrespreise drauf.
- Die Kernrate der Inflation (ohne Energie- und Nahrungsmittelpreise) ist weniger stark gesunken, von 6,6 auf 6,3 %. Bei der Kernrate ist auch noch kein Abwärtstrend zu erkennen, die Daten sind bisher volatil.

USA BIP-Wachstum und Einkaufsmanagerindex



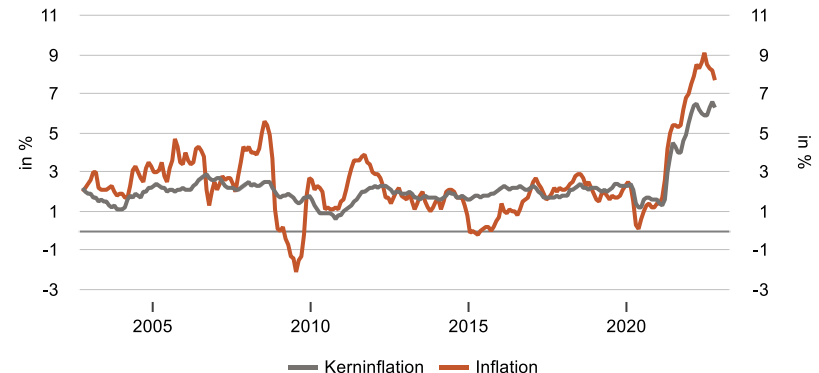
Quelle: Macrobond

Zeitraum: 10/2001 – 10/2022

US-Zwischenwahlen: Demokraten halten Senatsmehrheit

- Die Kongresswahlen („Midterm Elections“) sind für die regierenden Demokraten besser ausgefallen als erwartet. Im Senat behalten die Demokraten die Mehrheit, denn sie haben bereits 50 und damit genau die Hälfte aller Sitze erreicht. Selbst wenn die Republikaner die Stichwahl in Georgia am 6. Dezember gewinnen und mit den Demokraten gleichziehen, würde in Patt-Situation die Stimme der demokratischen Vize-Präsidentin Kamala Harris den Ausschlag geben.
- Im Repräsentantenhaus sieht es nach einer Mehrheit für die Republikaner aus, auch wenn das Endergebnis noch aussteht.

USA Inflation (ggü. Vorjahr)



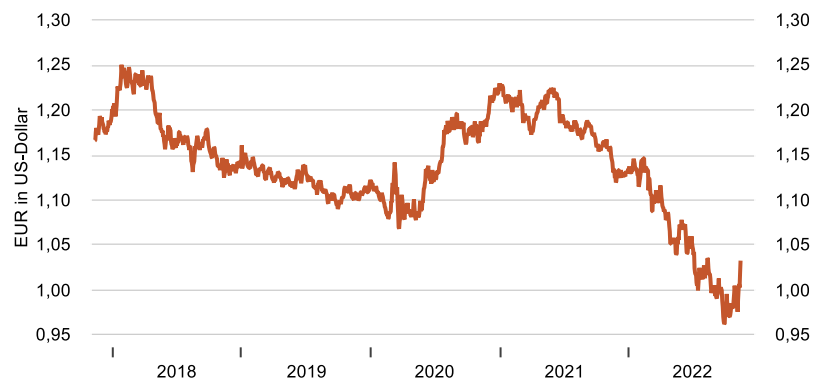
Quelle: Macrobond

Zeitraum: 10/2002 – 10/2022

Erholung für den Euro

- Der Euro kann endlich mal wieder auf eine erfolgreiche Woche zurückblicken. Gegenüber der US-Währung ging es von rund 0,99 US-Dollar je Euro auf 1,03 nach oben. Die schwächer als erwarteten US-Inflationsdaten haben die Hoffnung auf eine weniger aggressive Geldpolitik der Notenbank Fed genährt. Die Inflationsdaten waren insgesamt gut für die Stimmung an den Finanzmärkten.
- Trotz dieses Lichtblicks ist für die Gemeinschaftswährung aber nicht alles eitel Sonnenschein. Gegenüber dem Schweizer Franken ging es im Wochenverlauf wieder bergab und der Wechselkurs bleibt mit gut 0,97 Franken je Euro deutlich unter der Parität.

Wechselkurs EUR/USD



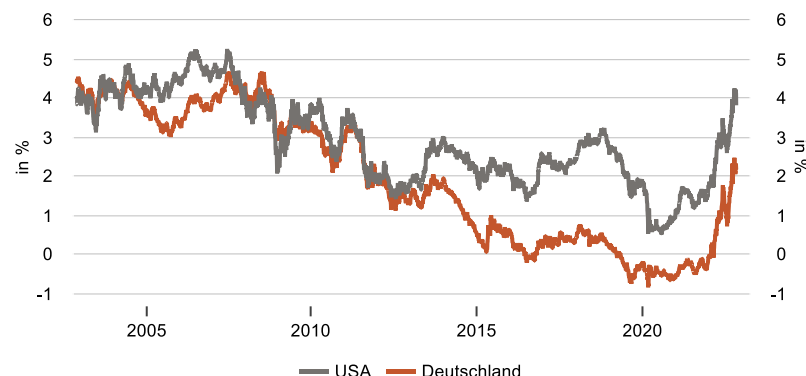
Quelle: Macrobond

Zeitraum: 11/2017 – 11/2022

US-Notenbank Fed strafft die Geldpolitik weiter

- Die US-Notenbank Fed hatte den Leitzins noch vor Veröffentlichung der Inflationsdaten um 75 Basispunkte auf jetzt 3,75–4,00 % angehoben.
- Während seiner Pressekonferenz deutete Fed-Präsident Powell an, dass es angemessen sein könnte, das Tempo der Zinserhöhungen bereits bei den Sitzungen im Dezember oder Januar/Februar zu verlangsamen. Das weitere Vorgehen sei aber datenabhängig. Die Betonung liegt auf dem Zielwert, also auf dem angestrebten Höchstwert des Leitzinses, nicht aber auf dem Tempo der Straffung von Sitzung zu Sitzung.

Rendite 10-jähriger Staatsanleihen



Quelle: Macrobond

Zeitraum: 11/2002 – 11/2022

Kapitalmarktprognosen



BERENBERG
PRIVATBANKIERS SEIT 1590

			Aktuell	Prognose	
			11.11.2022	30.06.2023	31.12.2023
Aktienmärkte	USA	S&P 500	3.992	4.250	4.500
		DAX	14.224	15.000	15.800
	Europa	EURO STOXX 50	3.868	4.000	4.200
		MSCI Großbritannien	2.101	2.350	2.400
Rentenmärkte	USA	Fed Funds	3,75-4,00	4,75-5,00	4,25-4,50
		10 Jahre	3,82	3,70	3,40
	Euroland	Hauptrefinanzierungssatz	2,00	2,75	2,75
		10 Jahre*	2,06	2,50	2,70
	Großbritannien	Bank Rate	3,00	3,50	3,00
		10 Jahre	3,35	3,50	3,40
Währungen	USA	EUR/USD	1,03	1,05	1,10
	Schweiz	EUR/CHF	0,97	1,00	1,02
	Großbritannien	EUR/GBP	0,87	0,85	0,85
	Japan	EUR/JPY	143	147	151

*Bundesanleihen.



Wirtschaftliches Umfeld

	BIP					Inflation				Arbeitslosenquote				Saldo Staatshaushalt			
	Anteil	2021	2022	2023	2024	2021	2022	2023	2024	2021	2022	2023	2024	2021	2022	2023	2024
Welt*	100,0	6,2	2,9	1,2	2,6												
USA	23,9	5,9	1,8	-0,3	1,2	4,7	8,1	4,1	2,6	5,4	3,7	4,5	4,8	-12,8	-6,7	-5,0	-4,0
China	18,1	8,1	3,3	4,4	3,9	0,9	2,2	2,5	2,3	3,9	4,1	4,0	3,9	-5,0	-4,2	-4,0	-3,5
Japan	5,1	1,7	1,7	0,5	1,4	-0,2	2,3	1,6	0,7	2,8	2,6	2,5	2,4	-8,5	-6,5	-5,3	-4,0
Indien	3,2	8,7	8,0	6,5	6,7									-10,4	-7,0	-6,5	-6,0
Lateinamerika	5,2	6,8	2,5	1,0	2,5									-4,5	-6,0	-6,0	-4,5
Europa	26,3	5,6	2,5	-1,0	1,9												
Eurozone	15,1	5,3	3,1	-0,8	2,3	2,6	8,6	6,7	2,1	7,7	6,8	7,3	6,9	-5,1	-4,2	-4,5	-2,6
Deutschland	4,4	2,6	1,6	-1,1	2,5	3,2	8,8	7,1	2,1	3,6	3,1	3,4	3,0	-3,7	-3,0	-3,2	-1,5
Frankreich	3,0	6,8	2,4	-0,3	2,3	2,1	6,0	5,3	1,9	7,9	7,3	7,6	6,9	-6,5	-5,2	-5,6	-3,0
Italien	2,2	6,7	3,6	-0,9	1,5	1,9	8,7	7,5	2,0	9,5	8,2	8,7	8,0	-7,2	-5,5	-5,0	-2,8
Spanien	1,5	5,5	4,5	-0,2	2,4	3,0	8,5	3,2	2,0	14,8	12,9	13,5	12,8	-6,9	-5,1	-5,0	-2,9
Portugal	0,3	5,5	6,5	-0,4	2,3	0,9	8,2	5,9	2,0	6,6	6,0	6,8	6,6	-2,8	-1,9	-2,1	-1,1
Anderes Westeuropa																	
Großbritannien	3,3	7,5	4,2	-1,3	2,0	2,6	9,0	5,3	1,6	4,5	3,8	4,9	4,7	-7,4	-7,7	-4,2	-3,5
Schweiz	0,8	3,7	1,8	-0,8	1,5	0,6	3,0	2,0	0,9	3,0	2,3	2,6	2,0	-1,9	-0,7	-1,3	-0,4
Schweden	0,7	4,9	2,0	-1,0	2,2	2,2	6,5	4,0	2,0	8,8	7,5	8,3	7,5	-1,0	-2,5	-3,0	-1,0
Osteuropa																	
Russland	1,8	4,7	-6,0	-4,0	-2,0	6,6	25,0	15,0	6,0	4,8	4,0	5,0	5,5	0,7	-7,0	-8,0	-10,0
Türkei	0,8	11,2	5,0	1,0	2,5	19,6	73,0	40,0	20,0	12,0	11,0	10,0	9,0	-3,5	-6,1	-5,5	-6,0

Quelle: Arbeitslosigkeit: ILO/Eurostat Definition; Saldo Staatshaushalt in % des BIP

* Zu tatsächlichen Wechselkursen nicht Kaufkraftparität KKP würde den schnell wachsenden Schwellenländern mehr Gewicht beimessen

Anteile basieren auf BIP-Zahlen des IWF World Economic Outlook 2021